



Bertelsmann Foundation | 14.02.2020

Was uns Iowa über Trumps Wiederwahl-Chancen sagt

Der anhaltende Handelskrieg könnte zur größten Belastung für US-Präsident Donald Trump bei der Präsidentschaftswahl in diesem Jahr werden. Viele derer, die die Hauptlast des Konflikts tragen, sind Trump-Anhänger, insbesondere in den sogenannten Swing States, also Bundesstaaten mit wechselnder Wählermehrheit wie Pennsylvania, Ohio und Iowa. Dies könnte sich auf seine Chance auf eine Wiederwahl in diesem Jahr auswirken. Doch auch die oppositionellen Demokraten zeigen vor Ort Schwächen, wie Emily Hruban, Managerin für transatlantische Beziehungen bei der Bertelsmann Foundation in Washington, D.C., beobachtet hat.

Die Präsidentschaftswahlen sind in den Vereinigten Staaten ein langer, schleppender Prozess. Seit mehr als einem Jahr führen über zwei Dutzend demokratische Kandidaten im ganzen Land Wahlkampf.

Sie versuchen, Stimmen zu gewinnen, die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen und Spendengelder zu sammeln. Die Kandidaten müssen zunächst ihre Parteikollegen in den viermonatigen Vorwahlen schlagen, um bei der tatsächlichen Präsidentschaftswahl im November gegen Präsident Trump antreten zu können.

Iowa ist traditionell der erste US-Bundesstaat, der an diesem Prozess teilnimmt. Als sich die demokratischen Wähler Iowas am 3. Februar in Schulsporthallen und Gemeindezentren versammelten, waren Senator Bernie Sanders und Bürgermeister Pete Buttigieg klare Spitzenreiter.

Sanders ging am 11. Februar auch aus der Vorwahl in New Hampshire als Sieger hervor, dicht gefolgt von Pete Buttigieg. Diese frühen Wahlerfolge geben Sanders und Buttigieg Rückenwind für das Rennen zum Weißen Haus.

Der erste Staat

Obwohl alle Staaten am Vorwahlprozess teilnehmen, hat Iowa eine besonders starke Stimme. Das liegt daran, dass der Erfolg in den frühen Staaten zu höheren Spenden, mehr Berichterstattung in den Medien und gesteigerter Unterstützung durch die Wähler in den späteren Vorwahlen führt. Ebenso kann ein schlechtes Abschneiden in Iowa die Chancen eines Kandidaten auf eine erfolgreiche Nominierung zunichtemachen. Seit 1972 haben etwas mehr als 55 Prozent der in Iowa siegreichen Kandidaten auch die Nominierung errungen.

Die Position Iowas wurde aber in den vergangenen Jahren diskutiert. Kritiker argumentieren, dass die überwiegend weiße und ländlich lebende Bevölkerung in Iowa nicht die Vielfalt des Landes als Ganzes widerspiegelt. Vorerst bleibt die Wahl in Iowa jedoch ein wichtiger Schritt auf dem Weg der einzelnen Kandidaten zum Weißen Haus.

Angesichts der Bedeutung Iowas verbringen die Kandidaten hunderte Stunden an verschiedensten Orten des Bundesstaates und versuchen, die Wähler bei Kundgebungen, Grillpartys und anderen Veranstaltungen zu überzeugen. In diesem Jahr gaben die demokratischen Kandidaten zusammen 45 Millionen Dollar für Werbung in Iowa aus. „Man kann den Fernseher nicht einschalten, ohne dabei dauerhaft belästigt zu werden“, erklärt Ben Smith, ein Farmer in Marshalltown, Iowa. Die Kandidaten reisen in die entlegensten und ländlichsten Winkel Iowas, wobei einige – wie Senatorin Amy Klobuchar – alle 99 Counties (Bezirke) des Staates besuchen.

Trotz ihrer Bemühungen gelang es den Kandidaten jedoch nicht, eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung wie 2008 (etwa 240.000 Wähler) zu erreichen. Damals gewann der ehemalige Präsident Barack Obama die Vorwahlen in Iowa und später die Präsidentschaft. Nach Angaben von Parteifunktionären war die Wahlbeteiligung stattdessen in diesem Jahr „gleichauf“ mit dem Niveau von 2016 (etwa 170.000 Wähler), als die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton gegen Senator Sanders antrat. Die geringe Wahlbeteiligung lässt vermuten, dass der noch zu bestimmende demokratische Kandidat

beziehungsweise die Kandidatin Probleme bekommen könnte, die Parteibasis bei den Wahlen im November in Fahrt zu bringen.

Bei der Präsidentschaftswahl gewann Barack Obama Iowa sowohl 2008 als auch 2012 mit Unterstützung der Wähler in Stadt und Land. 2016 hingegen erhielt Präsident Donald Trump 51,1 Prozent der Stimmen, gegenüber 41,7 Prozent für Hillary Clinton. Trump eroberte 93 der 99 Counties von Iowa und schaffte es, 31 meist ländliche Counties für sich zu gewinnen, die vier Jahre zuvor für Präsident Obama gestimmt hatten. Ebenso konnte Trump im Jahr 2016 Counties in anderen Schlüsselstaaten von sich überzeugen, darunter in Michigan, Pennsylvania und Wisconsin. Diese Counties und Bundesstaaten sind der Dreh- und Angelpunkt dafür, dass es den Demokraten im Jahr 2020 gelingt, die Präsidentschaft zurückzugewinnen.

Handelskrieg

Trotz der Zeit und der Ressourcen, die die demokratischen Kandidaten vor Ort aufgewendet haben, fiel es ihnen schwer, aus Trumps Achillesferse – dem anhaltenden Handelskrieg – Kapital zu schlagen, um Wähler zurückzugewinnen. Iowa besteht zu 90 Prozent aus Ackerland und ist besonders von Chinas Vergeltungszöllen auf Sojabohnen betroffen. „Normalerweise kauften chinesische Käufer etwa eine von drei Reihen Sojabohnen in den USA“, gibt Grant Kimberly an, der Leiter der Marktentwicklung bei der Iowa Soybean Association (Sojabohnen-Verband Iowas). Seitdem die Zölle in Kraft sind, sind die Exporte zusammen mit dem Preis für die Bohnen zurückgegangen, was vielen Bauern schadet.

Trotz der finanziellen Auswirkungen der Zölle unterstützen viele Bauern den Präsidenten und seinen Handelskrieg weiterhin. „Seit Jahren war es andersherum und China hatte die Oberhand“, sagt Roger Elmore, Landwirt für Mais- und Sojabohnen. Er meint: „Wir sollten nicht untätig bleiben und auf uns herumtrampeln lassen.“ Für Elmore war Trumps Bereitschaft, sich gegen China zu stellen, eine willkommene Veränderung.

Auch Andy Michaels, der ebenfalls Mais und Sojabohnen anbaut, sagt, dass China „normalerweise versucht, irgendetwas abzuziehen.“ Er erinnert sich an eine lange Geschichte chinesischer Käufer, die sich aus Geschäften zurückzogen, und an unerwartete Änderungen bei der Handelspolitik durch die Pekinger Regierung, was seinem Geschäft und anderen in seinem Bundesstaat schadete.

Ella Hommell, eine Studentin, die auf einer Farm in Eldora, Iowa, aufgewachsen ist, teilt seine Besorgnis: „Viele Leute reden darüber, wie chinesische Kunden beispielsweise eine Bestellung für eine Menge von X Scheffeln aufgeben und die Bestellung dann stornieren. Dadurch bricht der Markt ein und wenn die Preise niedriger sind, kommen sie zurück und kaufen doch bei uns.“ Darüber hinaus stellt Hommell fest, dass auch Bedenken über geistiges Eigentum die Meinungen der Bauern über China belasteten. Sie berichtet von einem Fall, bei dem chinesische Staatsangehörige Saatgutpflanzen, die zur Herstellung von GMOs (Genetisch veränderte Organismen) verwendet wurden, aus einem Maisfeld in Zentral-Iowa gestohlen hatten. Sieben Personen wurden beschuldigt, versucht zu haben, Pflanzen zu stehlen und nach China zu schmuggeln.

Doch so sehr viele der Landwirte den Handelskrieg auch unterstützt haben, „da er sich so sehr in die Länge gezogen hat, tut es schon weh“, sagt Ben Smith, ein junger Sojabohnenbauer in Marshalltown, Iowa. 28 Milliarden Dollar an staatlichen Subventionen haben einen Teil ihrer Verluste ausgeglichen, aber viele Bauern spüren die Auswirkungen des Konflikts umso deutlicher, je länger er andauert.

Eine weitere Herausforderung für die Landwirte ist die Unvorhersehbarkeit der Lage. Caleb Applegate, der Sojabohnen und Mais anbaut und Schweine züchtet, hat bemerkt, dass „über die letzten paar Jahre die Schwankungen das Problem waren. Wir rechnen damit. Das Wetter unterliegt Schwankungen, das passiert einfach. Aber was die Politik in Peking und Washington angeht, weiß ich einfach nicht, was passieren wird.“ Diese Unbeständigkeit ist eine Herausforderung für die Landwirte, erklärt der

Landwirt Douglas Svendson, denn „die Maschinen sind sehr teuer. Und das Saatgut ist sehr teuer. Und die Menschen leihen sich Geld, um Saatgut auszusäen, sie leihen sich Geld, um Maschinen zu kaufen. Diese Zahlungen müssen geleistet werden. Da braucht man also ein vorhersehbares Einkommen.“ Das Auf und Ab des Handelskrieges schafft Unsicherheit für die Landwirte, wenn sie Entscheidungen über ihre eigenen Felder treffen müssen. Gleichzeitig kommt es zu Schwankungen auf dem Rohstoffmarkt. Gerüchte über Abkommen – oder weitere Zölle – können den Preis von Sojabohnen über Nacht ändern.

Die Situation ist für viele Landwirte schwierig. Applegate bemerkt: „Ich weiß nicht, über wen ich frustriert bin. Ist es China? Oder bin ich frustriert über unsere Regierung, weil sie nichts zustande bringt?“

Die Demokraten als Alternative?

Diejenigen im ländlichen Iowa, die frustriert sind über das Tempo und die Unsicherheit der Handelsgespräche, sehen bei den Demokraten keine brauchbare Alternative zu Trump. Svendson stellt fest, dass sich die Kandidaten der Demokraten auf Themen konzentrieren, die „für die Bauern nicht sehr attraktiv sind.“

Die meisten der demokratischen Kandidaten haben sich für politische Maßnahmen eingesetzt, die Landwirte ansprechen sollen, beispielsweise den Ausbau des Breitband-Internets in ländlichen Gebieten. Allerdings werden nicht alle ihre Vorschläge für den ländlichen Raum dort auch gut aufgenommen. Viele Kandidaten, darunter Pete Buttigieg und Senatorin Elizabeth Warren, drängen auf umweltfreundlichere Methoden in der Landwirtschaft. Einige der Landwirte sagen jedoch, dass diese für den Sektor realitätsfern sind.

Hommel stellt fest: „Es gab noch niemanden, der mich mit seiner Agrarpolitik so richtig umgehauen hat.“ Im Gegensatz dazu „glaube ich, dass Donald Trump versucht, sich stärker darauf zu konzentrieren. Ich weiß, dass er versucht, in dem Bereich Fortschritte zu erzielen.“

In den meisten Programmen der Kandidaten für die ländlichen Gebiete wird der Handelskrieg überhaupt nicht erwähnt. Obwohl auf der Website des ehemaligen Vizepräsidenten Joe Biden versprochen wird, dass er „China die Stirn bieten wird“ und „dafür sorgen wird, dass unsere Handelspolitik für die amerikanischen Landwirte funktioniert“, gibt er nur wenige Einzelheiten darüber preis, was das genau bedeuten würde.

Stattdessen betonen die Kandidaten, wie wichtig es für sie ist, Trump zu schlagen, ein Gefühl, das in eher städtischen und linksgerichteten Gebieten gut funktioniert, bei den Landwirten aber eher Bedenken hervorruft. „Ich höre nicht wirklich viel über die Themen, außer, dass sie nicht wollen, dass der Typ, der im Amt ist, im Amt bleibt“, sagt Andy Michaels. „Wenn man sich alle Kandidaten einmal anschaut, sagen sie doch nur, dass sie den Mann im Amt nicht mögen. Sie wollen ihn raushaben. Ich meine, sie sprechen nicht wirklich irgendwelche Themen an.“

Viele Landwirte befürchten auch, dass ein Führungswechsel die Bemühungen des Präsidenten um ein Abkommen mit China untergraben könnte. Ben Smith sieht es klar: „Man geht durch diesen Prozess, in dem eine neue Person ins Amt kommt. Dann versuchen sie, das, was sie wollen, ins Rollen zu bringen, und wenn sie dann dort ankommen, wo sie hinwollen, entscheidet das Land: Nein, wir wollen das Gegenteil.“ Er macht sich vor allem Sorgen darüber, was das für die Verhandlungsmacht eines Präsidenten bedeutet: „Wenn man also in diesen Handelsgesprächen mit China sitzt, können die doch sagen: Nun, dieser Typ hier, mit dem verhandeln wir nicht. Lasst uns einfach sechs Monate warten und sehen, ob er überhaupt noch da ist.“

Vier weitere Jahre?

Von außen betrachtet könnte der Handelskonflikt als der größte Angriffspunkt von Präsident Trump erscheinen, insbesondere in den betroffenen Swing States wie Iowa, Ohio und Pennsylvania. Das Unvermögen der Kandidaten, die Meinung gut informierter, direkt vom Handelskrieg betroffener Landwirte zu ändern, lässt jedoch vermuten, dass sie in anderen Swing States ähnliche Schwierigkeiten haben

könnten. Diese Staaten müssten sie aber für einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst dieses Jahres für sich gewinnen. Die niedrige Wahlbeteiligung bei den Vorwahlen in Iowa scheint dies zu bestätigen.

„Letztlich suche ich nur Stabilität“, sagt Ben Smith, der junge Landwirt. „Wenn ein neuer Kandidat das nicht liefern kann, dann laufen wir auf vier weitere Jahre Trump zu.“